

ben sich für 200 bzw. 250 Franken entschieden; die Volksinitiative verlangt 450 Franken pro Kind oder 15 Franken pro Tag.

Wir sind hier Erstrat, das heisst, es wird noch eine ganze Weile dauern, bis auch der Zweitrat die Vorlage behandelt hat, bis das Differenzbereinigungsverfahren abgeschlossen ist. Die Frist für die Volksinitiative läuft im Herbst dieses Jahres ab. Aufgrund dessen, dass es hier materiell um dasselbe Anliegen geht, hat die Mehrheit der Kommission beschlossen, die Frist sei zu verlängern.

Ich möchte Sie im Namen der SP-Fraktion bitten, dasselbe zu tun und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Ich möchte Sie auch darauf aufmerksam machen, dass die Bevölkerung sicher nicht bereit ist, die Katze im Sack zu kaufen. Falls Sie der Minderheit zustimmen sollten, müssen Sie sich auch bewusst sein, dass sich die Chance, dass die Volksinitiative akzeptiert wird, erhöht, und zwar genau deshalb, weil sich die Stimmbevölkerung nicht auf ein Projekt vertrösten lässt, das noch nicht unter Dach und Fach ist.

Scherer Marcel (V, ZG): Die SVP-Fraktion wird einer Verlängerung nicht zustimmen. Damit nehmen wir in Kauf, dass die Initiative von Travail Suisse als Einzelvorlage zur Abstimmung kommt. Aber das Schweizervolk wird sicher richtig entscheiden.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG), für die Kommission: Im Namen der Mehrheit der Kommission empfehle ich Ihnen hier, dieser Fristverlängerung stattzugeben. Die Kommission hat mit 13 zu 9 Stimmen unter Abwägung aller Tatsachen so beschlossen.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: La commission vous a proposé la loi fédérale sur les allocations familiales comme contre-projet indirect à l'initiative populaire «pour de plus justes allocations pour enfant!». Elle vous demande, par 13 voix contre 9, de voter cette prolongation du délai, ce qui est logique, parce qu'il faut bien que les personnes ici présentes et les personnes qui devront se prononcer dans le pays sachent à quoi ressemble cette loi qui fait office de contre-projet indirect.

Je vous demande de suivre la majorité.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 04.016/1936)

Für den Antrag der Mehrheit 87 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 84 Stimmen

95.303

Standesinitiative Solothurn. Kinderzulagen
Initiative cantonale Soleure. Allocations pour enfants

Erstrat – Premier Conseil

Einreichungsdatum 22.05.95
Date de dépôt 22.05.95
Bericht SGK-NR 08.09.04
Rapport CSSS-CN 08.09.04

Nationalrat/Conseil national 15.03.05 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 16.03.05 (Fortsetzung – Suite)

03.307

Standesinitiative Luzern. Neuordnung der Familienzulagen

Initiative cantonale Lucerne. Refonte du système des allocations familiales

Zweitrat – Deuxième Conseil

Einreichungsdatum 09.04.03
Date de dépôt 09.04.03
Bericht SGK-SR 17.11.03
Rapport CSSS-CE 17.11.03
Ständerat/Conseil des Etats 17.03.04 (Erstrat – Premier Conseil)
Bericht SGK-NR 08.09.04
Rapport CSSS-CN 08.09.04
Nationalrat/Conseil national 15.03.05 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 16.03.05 (Fortsetzung – Suite)

Antrag der Mehrheit
Der Initiative Folge geben

Antrag der Minderheit
(Gysin Hans Rudolf, Dunant, Egerszegi, Guisan, Hassler, Parmelin, Scherer Marcel, Stahl, Triponez)
Der Initiative keine Folge geben

Proposition de la majorité
Donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité
(Gysin Hans Rudolf, Dunant, Egerszegi, Guisan, Hassler, Parmelin, Scherer Marcel, Stahl, Triponez)
Ne pas donner suite à l'initiative

Fehr Jacqueline (S, ZH), für die Kommission: Wir behandeln die beiden Standesinitiativen gemeinsam und stimmen anschliessend getrennt ab.

Zuerst zur älteren Initiative, zu jener des Kantons Solothurn: Obwohl diese Standesinitiative bereits 1995 eingereicht wurde, wurde sie bis heute nie vorgeprüft. Geplant war immer, sie zusammen mit der parlamentarischen Initiative Fankhauser zu prüfen, und das ist eben erst heute der Fall. Der Kanton Solothurn fordert eine einheitliche Kinderzulagenregelung, also nicht nur eine Mindesthöhe, wie es der indirekte Gegenvorschlag verlangt, den wir eben beraten haben. Die Standesinitiative geht also noch weiter als der indirekte Gegenvorschlag.

Die Kommission hat mit 12 zu 10 Stimmen entschieden, dem Rat zu beantragen, der Standesinitiative Folge zu geben. Dies aus dem einfachen Grund, weil wir zuerst die Beratungen zur Initiative und zum Gegenvorschlag abschliessen möchten, um anschliessend zu entscheiden, was mit der Standesinitiative geschieht. Die Minderheit will die Standesinitiative sofort abschreiben.

Ähnlich verhält es sich mit der Initiative des Kantons Luzern. Diese fordert allerdings nicht nur Kinderzulagen, sondern auch Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien. Auch dieser Standesinitiative will eine Kommissionsmehrheit Folge geben, diesmal mit 12 zu 9 Stimmen. Die Begründung ist ähnlich wie bei der solothurnischen Initiative: Zuerst sollen die Projekte, welche in der parlamentarischen Pipeline stecken, fertig beraten werden – also sowohl die Frage der Kinderzulagen wie auch jene der Ergänzungsleistungen. Anschliessend erst soll über die Behandlung der Standesinitiative entschieden werden. Eine Minderheit beantragt hingegen, man solle dieser Standesinitiative keine Folge geben, weil wir die gestellten Fragen mit den bereits vorliegenden Vorlagen definitiv beantworten.

Ich bitte Sie im Namen der Kommissionsmehrheit, in beiden Fällen den Standesinitiativen Folge zu geben.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: L'initiative du canton de Soleure demande la fixation de dispositions unitaires au niveau fédéral dans le domaine des allocations pour enfants, avec en particulier l'adoption du principe «un enfant, une allocation». L'objectif de cette initiative correspond donc entièrement à celui visé par l'initiative parlementaire Fankhauser et par le projet de loi que ce conseil vient de discuter et d'adopter.

Malgré cette identité d'objectifs, la commission, par 12 voix contre 10, propose de donner suite à l'initiative, considérant qu'il faut attendre l'achèvement de toutes les étapes parlementaires pour constater si les objectifs de l'initiative sont atteints. Une minorité propose au contraire de ne pas y donner suite.

L'initiative du canton de Lucerne reprend l'objectif d'une réglementation fédérale des allocations familiales, tout en le complétant par l'adoption de prestations complémentaires en faveur des familles dont le revenu est insuffisant. Le premier objectif coïncide évidemment avec celui de l'initiative parlementaire Fankhauser et du projet qu'on vient de discuter ce matin. Le deuxième objectif, c'est-à-dire l'introduction de prestations complémentaires, est identique à celui visé par les initiatives parlementaires Fehr Jacqueline 00.403 et Meier-Schatz 00.437 sur lesquelles la commission s'est penchée en élaborant plusieurs solutions possibles qui ont été soumises à consultation. Les travaux de la commission reprendront prochainement.

La majorité de la commission, malgré ces développements, estime qu'il est aujourd'hui trop tôt pour considérer les objectifs de l'initiative du canton de Lucerne comme atteints. Ce n'est qu'à l'issue du débat et des décisions du Parlement qu'on pourra constater définitivement si les buts de cette initiative peuvent être considérés comme remplis.

La majorité de la commission vous invite donc à donner suite à l'initiative pour la classer ensuite, quand ses objectifs auront été définitivement atteints.

Gysin Hans Rudolf (RL, BL): Die Standesinitiativen Solothurn und Luzern verlangen, es sei eine gesamtschweizerisch einheitliche Regelung der Kinderzulagen zu schaffen, in deren Rahmen für jedes Kind eine volle Zulage vorgesehen ist. Ich beantrage Ihnen, diesen Initiativen keine Folge zu geben, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Forderungen der Standesinitiativen decken sich mit jenen der parlamentarischen Initiative Fankhauser, welche jetzt ja in der zweiten Phase zu Ende beraten worden ist. Es macht meines Erachtens keinen Sinn, die gleiche Thematik nochmals aufzurollen.

2. Die Frage des Folgegebens hängt insbesondere damit zusammen, ob die Initiativen die Möglichkeit vorsehen, das Bundesgesetz als Rahmengesetz zu belassen, bei dem die Kantone weiterhin die Freiheit haben, die Kassen zu organisieren und die Höhe der Familienzulagen zu bestimmen, sodass sie ins Umfeld der übrigen kantonalen Gesetzgebung passen. Es ist also die Frage, ob dem föderalistischen Element auch zukünftig Rechnung getragen werden kann.

Dass die Familienzulagen heute in den Kantonen unterschiedlich sind, hat nämlich durchaus seinen Grund. Die Höhe dieser Zulagen korrespondiert direkt mit der gesamten Familienpolitik des jeweiligen Kantons. Es gibt Kantone, die in der Steuergesetzgebung über familienfreundliche Bestimmungen verfügen. Es gibt andere Kantone, in denen Auszubildende und Studenten grosszügige Leistungen für ihre Ausbildung erhalten. Wieder andere Kantone sehen sogar noch weitergehende Massnahmen für Kinder und Familien vor. Dass in diesen Kantonen die Familienzulagen in der Regel tiefer angesetzt sind als in Kantonen, welche kein derartiges gesetzgeberisches Umfeld kennen, dürfte eigentlich für jedermann nachvollziehbar sein. Die Höhe der Zulagen ist somit im Zusammenhang mit der Summe aller familienfreundlichen Leistungen eines Kantons zu sehen.

Die vorliegenden Standesinitiativen lassen die Möglichkeit leider ausser Acht, nur ein Rahmengesetz zu schaffen, bei welchem die Kantone nach wie vor frei wären, die Zulagen-

höhe an das eigene Umfeld anzupassen. Der Nationalrat hat das vorhin leider auch ausser Acht gelassen. Es wird mit beiden Initiativen auf ein Bundesgesetz abgezielt, in welchem der Bund die Höhe der Zulagen festlegt.

Für die Minderheit ist die Frage des Folgegebens mit genau dieser Frage der Freiheit der Kantone verbunden. Aufgrund dieser Überlegungen will eine starke Minderheit diesen Standesinitiativen nicht Folge geben. Ich bitte Sie deshalb, die historisch gewachsenen föderalistischen Gegebenheiten im Zusammenhang mit Kinder- und Ausbildungszulagen zu respektieren und den Kantonen die nötige Freiheit zu belassen. Wir hoffen auf den Ständerat.

Bitte stimmen Sie deshalb der Minderheit zu.

Präsident (Janiak Claude, erster Vizepräsident): Herr Bundesrat Couchedepin und die Berichterstatter verzichten auf das Wort.

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben 79 Stimmen
Dagegen 77 Stimmen

*Die Beratung dieses Geschäfts wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

03.049

Nationalbankgold.

Verwendung.

Nationalbankgewinne für die AHV.

Volksinitiative

Or de la Banque nationale.

Utilisation. Bénéfices

de la Banque nationale pour l'AVS.

Initiative populaire

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 20.08.03 (BBI 2003 6133)
Message du Conseil fédéral 20.08.03 (FF 2003 5597)

Nationalrat/Conseil national 01.03.04 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 08.06.04 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 08.06.04 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 09.06.04 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 28.09.04 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.04 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 15.12.04 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 16.12.04 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 09.03.05 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 15.03.05 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 15.03.05 (Differenzen – Divergences)

3. Bundesgesetz über die Verwendung des Bundesanteils am Nationalbankgold

3. Loi fédérale sur l'utilisation de la part de la Confédération aux réserves d'or excédentaires de la Banque nationale

Antrag der Mehrheit

Eintreten

Antrag der Minderheit

(Favre, Baader Caspar, Gysin Hans Rudolf, Kaufmann, Rime, Scherer Marcel, Schibli, Schneider, Walter Hansjörg, Wandfluh)

Nichteintreten

